

Evangelische Perspektiven

Das Magazin der Landeskirche Braunschweig

1|2023



Am Leben gemeinsam teilhaben

Die Initiative „Diakonisches Lernen“ schafft ein verändertes Urteilsvermögen. Zum Beispiel in Salzgitter. Hier begegnen Neuntklässler der Integrierten Gesamtschule (IGS) Menschen mit Handicap in den Hallendorfer Werkstätten im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschland (CJD).

Liebe Leserinnen und Leser,



Foto: Klaus G. Kohn

einmal im Jahr veröffentlicht die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) die Zahl ihrer Mitglieder. Und jedes Jahr wieder stürzt sie sich damit selbst in Depressionen. Denn die Mitgliederzahl sinkt seit Jahrzehnten ungebrochen, aktuell um 2,9 Prozent. Statistisch leben in Deutschland nun etwas mehr als 19 Millionen Evangelische in den 20 EKD-Gliedkirchen. Mit 380.000 Ausgetretenen liegt die Zahl rund ein Drittel höher als im Vorjahreszeitraum.

Alle Jahre wieder löst die Kirche mit ihrer Zahlenkommunikation eine mediale Berichterstattung aus, die ihr das Totenglöcklein läutet. Umso auffälliger war deshalb, dass die meisten Medienberichte diesmal von großer Sachlichkeit geprägt waren. Obwohl der Mitgliederverlust durch Nachholeffekte aufgrund der Corona-Pandemie so stark war wie noch nie.

Möglicherweise wächst die Erkenntnis, dass der Bedeutungsschwund der Kirche nicht nur diese selbst verändert, sondern unsere Gesellschaft insgesamt. Was die sozialen Bindekräfte ebenso angeht, wie die Frage, was uns in den Krisen Halt und Orientierung geben kann. Zwar sagt der Mitgliederverlust lediglich etwas aus über die Lage der Kirche als Institution, nichts über den Glauben in unserem Land. Doch war die Kirche, auch aufgrund ihrer stabilen Strukturen, stets eine Sachwalterin des Gemeinwohls. Das ist nicht zu vergessen.

Die Welt ändert sich, und damit auch die Kirche. Ob die Veränderungen einen gesellschaftlichen Fortschritt zur Folge haben, ist nicht ausgemacht. Vielleicht macht uns das gerade in diesen Zeiten nachdenklich, in denen viele Gewissheiten und Sicherheiten fragwürdig geworden sind. Dabei müssen wir uns allerdings weniger um die Kirche sorgen, als um die Welt, in der wir leben. Schließlich ist die Kirche nicht um ihrer selbst willen da, sondern um der Menschen willen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen wieder eine anregende Lektüre,
Ihr

Michael Strauß

Impressum

Herausgeber Pressestelle der Landeskirche Braunschweig | Redaktion Michael Strauß (mic) | Anschrift Dietrich-Bonhoeffer-Straße 1, 38300 Wolfenbüttel, Tel. 05331-802108, Fax 05331-802700, presse@lk-bs.de, www.landeskirche-braunschweig.de | Layout Dirk Riedstra | Druck MHD Druck und Service GmbH, 29320 Hermannsburg | **Titelfoto:** Klaus G. Kohn



Foto: Klaus G. Kohn



Foto: epd-bild/privat



Foto: epd-bild/Charlotte Morgenthal



Foto: epd-bild/Jens Schülze

In dieser Ausgabe

4 **Blickpunkt**

Der Mensch, ein Gewalttäter

Doch wir können lernen, Gott will Frieden, nicht den Krieg.

8 **Porträt**

Profiliert gegen rechts

Klaus J. Burckhardt engagiert sich seit vielen Jahren für Frieden und Demokratie.

10 **Titelthema**

Am Leben gemeinsam teilhaben

Die Initiative „Diakonisches Lernen“ verschafft Jugendlichen ein verändertes Urteilsvermögen.

14 **Interview**

Die Frauen besser coachen

Dr. Ruth Moos-Wittmund begleitet Ehepartner auf dem Weg durch die Trennung.

16 **Reportage**

Von Moskau nach Seesen

Die russische Pfarrerin Elena Bondarenko hat im Braunschweiger Land eine Stelle gefunden.

18 **Kleine Kirchenkunde**

Vor der Wahl

Die Vorbereitungen für die nächste Kirchenvorstandswahl 2024 nehmen Gestalt an.

20 **Hintergrund**

Den weiblichen Körper nicht kolonialisieren

Soll Leihmutterschaft in Deutschland erlaubt werden? Die Politik will das prüfen.

22 **Rezension**

Reichtum der Romanik

Ein neues Buch untersucht die Bedeutung der Dorfkirchen im Braunschweiger Land.

Der Mensch, ein Gewalttäter

Die Sehnsucht nach Frieden ist groß. Ein Jahr nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine gedenken wir der Gräueltaten des Krieges. Wir sind entsetzt über Tod und Zerstörung, die nicht über uns hereingebrochen sind wie eine Naturkatastrophe, sondern von Menschen herbeigeführt wurden. Gespeist aus nationalistischer Verblendung, religiösem Wahn und totalitärem Eifer.

Das kann alle Zuversicht in den zivilisatorischen Fortschritt zunichtemachen. Der Mensch, ein Gewalttäter, der sein Handeln schlimmstenfalls noch mit dem vermeintlichen Willen Gottes legitimiert. Ein archaisches Prinzip, bar jeder modernen theologischen Erkenntnis.

Dabei können wir lernen, dass Gott den Frieden und das Wohlergehen, ja das Heil des Menschen will. Nicht den Krieg, nicht Untergang und Zerstörung. Wer Menschen vernichtet, richtet sich nicht nur gegen Seinesgleichen, sondern auch gegen Gott. Die Bibel nennt das „Sünde“. Deswegen beten Christen: ... und richte unsere Füße auf den Weg des Friedens. (Lk 1,79) | mic





Weiteres Amt



Foto: Klaus G. Köhn

Oberlandeskirchenrat Dr. Jörg Mayer, Leiter der Finanzabteilung der Landeskirche Braunschweig, hat zum 1. März den Vorsitz im bundesweiten Arbeitskreis Kirchlicher Investoren (AKI) in der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) übernommen. Er folgt

auf Heinz Thomas Striegler, Leiter der Kirchenverwaltung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Mit einem Leitfaden für ethisch-nachhaltige Geldanlage sorgt der Arbeitskreis im Auftrag des Rates der EKD für Orientierung bei kirchlichen Investoren und Privatpersonen.

Die Neuauflage des Leitfadens enthält unter anderem neue Umweltkriterien. So sind Investitionen in Atomenergie künftig ausgeschlossen. Gleiches betrifft neben der Kohleförderung nun auch die ganze Bandbreite der unkonventionellen Förderung von Öl und Gas. Erwartet wird außerdem, dass Unternehmen eine Policy zum Schutz der Biodiversität in den Wertschöpfungs- und Lieferketten implementiert haben. „Damit wird die Bewahrung der Schöpfung und ganz besonders der Klimaschutz im Einklang mit der Klimaschutzrichtlinie der EKD auch in unserer Geldanlage umgesetzt“, so Dr. Jörg Mayer.



Foto: Sina Srenniak

Das Dilemma des Krieges

Die Ukraine in ihrer Verteidigung gegen Russland mit allen Mitteln zu unterstützen, „auch mit Waffen und Munition“, ist laut Landesbischof Dr. Christoph Meyns

eine ethische Pflicht. Gleichzeitig sei damit ein Dilemma verbunden, sagte er am 24. Februar bei einer Friedensandacht im Braunschweiger Dom. Denn Kriege erzeugten eine „Spirale der Gewalt, die regelmäßig außer Kontrolle gerät“. Deswegen sei die Politik aus friedensethischer Sicht gefordert, Parallel zur humanitären und militärischen Unterstützung der Ukraine „nach Wegen zu einem Ende des Krieges zu suchen“.

Meyns warnte vor einem Hass auf Russland. Aus christlicher Sicht bleibe auch der Feind bei aller Parteinahme für den Angegriffenen ein Mensch mit einem eigenen Lebensrecht. Christen hätten in der gegenwärtigen Situation ihre Hoffnung beizutragen, dass die Liebe stärker sei als der Tod, die Wahrheit stärker als die Lüge und die Gerechtigkeit stärker als das Unrecht. Nicht zuletzt gelte es, den Opfern des Krieges und den Geflüchteten beizustehen. „Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass die Ukraine eine Zukunft in Freiheit und Frieden hat.“

Kirchenmusiker wählen Vorstand

Heike Kieckhöfel, Propsteikantorin in Braunschweig, bleibt vier weitere Jahre Vorsitzende des Kirchenmusikerverbandes der Landeskirche Braunschweig. Sie wurde bei der jüngsten Jahrestagung in Wolfenbüttel wiedergewählt.



Foto: Heike Kieckhöfel

Als ihre Stellvertreterin neu gewählt wurde Anke Walocha-Krack, nebenamtliche Kirchenmusikerin aus Danndorf (Propstei Vorsfelde). Ausgeschieden sind Dagmar Engelland als Stellvertreterin und Hellgard Webel als Beisitzerin. Jens-Holger Schenk (Wolfenbüttel) bleibt Kassenwart und Schriftführer. Neu gewählt als Beisitzerin wurde Dr. Petra Diepenthal-Fuder (Cremlingen), Renate Laurien (Braunschweig) wurde als Beisitzerin bestätigt. Der Verband ist ein freiwilliger Zusammenschluss von haupt- und nebenberuflichen Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusikern innerhalb der Landeskirche in Braunschweig. Er hat die Aufgabe, die Kirchenmusik zu fördern und die Interessen der Kirchenmusikerinnen und Kirchenmusiker zu vertreten. Er bietet unter anderem Fortbildungen für nebenamtliche Mitglieder an.

Wechsel bei Geschäftsführung



Oberlandeskirchenrat Hofer, Jakob Meyer, Harald Welge, Prof. Dr. Sabine Brombach (v.l.).

Die Stiftung Ökumenisches Lernen in der Landeskirche Braunschweig hat ihren langjährigen Geschäftsführer, Pfarrer i.R. Harald Welge (Braunschweig) verabschiedet. Nach 26 Jahren wurde er in einem Gottesdienst von seinen Aufgaben entpflichtet. Im Anschluss würdigten Wegbegleiter und Stipendiaten Welges Verdienste um die Stiftung.

Auch Stiftungsvorsitzende Prof. Dr. Sabine Brombach und Oberlandeskirchenrat Thomas Hofer, Leiter der Theologischen Abteilung der Landeskirche, sprachen Welge Dank und Respekt für sein Engagement um die Bildung von Jugendlichen aus.

Die Stiftung Ökumenisches Lernen wendet sich an Schülerinnen und Schüler der 10. Klassen aller Schulformen sowie des ersten

Berufsschuljahres. Im Rahmen eines vierjährigen Stipendiums können sie Menschen in anderen Ländern und Kulturen kennenlernen. Nach Abschluss der Schule stehen Auslandsaufenthalte auf dem Programm.

Neuer Geschäftsführer ist seit Anfang 2023 der Sozialwissenschaftler Jakob Meyer (Braunschweig). Er versieht die Aufgabe im Rahmen einer halben Stelle neben seiner Tätigkeit als Brot für die Welt-Referent bei der Diakonie im Braunschweiger Land.

Der Region eine Seele geben

Landesbischof Dr. Christoph Meyns hat die Bedeutung der Mitgliedschaft in der evangelischen Kirche hervorgehoben. Die Kirche halte das geistige Erbe des Christentums lebendig, sagte er am 7. März in Wolfenbüttel. Auf dieser Grundlage vermittele sie Menschen ein solides Wertefundament, fördere Verantwortungsbewusstsein, Gemeinsinn und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Außerdem pflege sie das kulturelle Erbe im Braunschweiger Land.

Die Kirchenmitgliedschaft vor allem unter dem Aspekt des persönlichen Nutzens zu betrachten, greife deshalb zu kurz. „Die Kirchensteuern sind eine Investition in das Gelingen einer von Vertrauen, Zuversicht und Mitmenschlichkeit geprägten Gesellschaft“, so der Landesbischof: „Kirchenmitglieder geben der Region eine Seele.“ Er bedankte sich bei allen, die durch ihre Mitgliedschaft die Arbeit der Kirche unterstützen.

Meyns bedauerte den erneuten Rückgang der Mitgliederzahlen. Damit setze sich ein gesellschaftlicher Trend fort. Die Kirche habe wiederholt ihr inhaltliches Profil sowie die Zugänglichkeit und Glaubwürdigkeit ihrer Arbeit kritisch überprüft und weiterentwickelt. Das geschehe derzeit erneut im Rahmen eines Zukunftsprozesses.

Nach der aktuellen Statistik hat die Landeskirche Braunschweig im Jahr 2022 rund 2,9 Prozent ihrer Mitglieder verloren, 5.385 Personen durch Austritt und 3.361 durch demographische Faktoren, insgesamt 8.746 Personen (2021: 9190 Personen). Das sind 0,5 Prozent und 444 Personen weniger als im Jahr 2021.

Allerdings stieg die Zahl der Austritte 2022 gegenüber



2021 um 1.261 Personen, nicht zuletzt durch Nachholleffekte aufgrund der Corona-Pandemie. Die Zahl der Eintritte ist im Vergleich zum Jahr 2021 in 2022 ebenfalls gestiegen, und zwar von 324 auf 347. Gleiches gilt für die Zahl der Taufen: Sie stieg auf 1719 (von 1309 in 2021). Die Mitgliederzahl der Landeskirche lag zum Stichtag 31. Dezember 2022 bei insgesamt 293.981 Personen, davon 165.276 Frauen und 128.703 Männer. 2021 hatte die Landeskirche 302.727 Mitglieder.



Foto: Agentur Hübner

Engagiert für ein Kreuz ohne Haken: Klaus J. Burckhardt.

Profiliert gegen rechts

Klaus J. Burckhardt engagiert sich seit vielen Jahren gegen Rechtsextremismus und Gewalt und für Frieden und Demokratie. Seine jüngste Initiative heißt „Unser Kreuz hat keine Haken“

„Unser Kreuz hat keine Haken“ heißt es im Logo der Initiative „Kirche für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ Niedersachsen (www.IKDR-niedersachsen.de). Die Aktiven dieser Initiative benennen rechtsextreme und menschenfeindliche Haltungen inner- und außerhalb der christlichen Kirchen und treten ihnen konstruktiv entgegen. Braunschweiger Gesicht der IKDR ist Pfarrer i.R. Klaus J. Burckhardt, ehemaliger Oberkirchenrat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Burckhardts Name ist in der Löwenstadt seit vielen Jahren mit seinem Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit verbunden: vom Antirassismus- und Gewaltpräventionsprojekt „Schritte gegen Tritte“ für Siebt- bis Dreizehntklässler über das „Braunschweiger Modell zur Gewaltprävention“ während der Dekade zur Überwindung von Gewalt (2001–2010) des Ökumenischen Rates der Kirchen bis hin zum „Bündnis gegen rechts“.

Mit Eintritt in den Ruhestand wollte Burckhardt 2019 von der St.-Johannis-Gemeinde in Braunschweig aus durchstarten. Corona-bedingt geht es nun erst wieder richtig los: „Mit unseren örtlichen Kooperationspartnern bieten wir einige öffentlichkeitswirksame Informationsveranstaltungen an“, so Burckhardt.

Für den 1955 in Fulda Geborenen schien anfangs kaum etwas ferner als eine Theologen-Karriere. Obwohl: „Pfarrer hatten wir seit 200 Jahren in der Familie“, meint Klaus Burckhardt mit einem Schmunzeln. Darunter sein Großvater, der in Berlin als Mitglied der Bekennenden Kirche von der Gestapo ins Gefängnis gesteckt wurde. Auch sein Vater erlitt unter dem Nationalsozialismus körperlichen Schaden. Für den Sohn erwuchs daraus die Erkenntnis:

„Für die Zeit kannst du nichts, aber du musst Verantwortung übernehmen und Wiedergutmachung leisten.“

Begeistert für den christlichen Glauben hätten ihn schließlich die „Jesus-People, eine Kommune aus Freaks und Musikern“, erinnert sich Burckhardt lachend. Es folgten Theologie-Studium und Vikariat. Letzteres zum Teil in den USA, wo er in Chicago auch eine klinische Seelsorgeausbildung absolvierte. Dort im Klinikum lernte er auch seine spätere Ehefrau, eine Physiotherapeutin, kennen und lieben. 1983 erfolgte die Ordination zum Pfarrer in der Landeskirche Hannover.

Gemeinsam ging das Paar anschließend für fast ein Jahrzehnt nach Südafrika. Burckhardt wirkte dort für das Evangelisch-lutherische Missionswerk in Niedersachsen (ELM) in der Evangelisch-lutherischen Kirche in Südafrika (ELCSA) als Pfarrer in Gemeinden, Flüchtlings- und Landlosenlagern. „Dort kamen auch unsere drei Kinder zur Welt“, berichtet Burckhardt. Wenn er über diese beruflich wie privat sehr prägende Zeit erzählt, vergeht die Zeit wie im Flug: Vorurteile, Rassismus, die gewaltfreie Revolution gegenüber dem Apartheid-Regime und ein Mordanschlag, den er überlebte, als er zwischen die politischen Fronten geriet.

Diese Erfahrungen prägten ihn auch später als Beauftragter für Weltmission und Ökumene des ELM (1993 bis 2006) für die Landeskirche Braunschweig, als Beauftragter für Friedensarbeit (2007 bis 2012) im Haus kirchlicher Dienste Hannover und als Oberkirchenrat der EKD für Afrika und Entwicklungspolitik (2012 – 2018). Die Internationalität findet noch heute im Haus Burckhardt ihren Ausdruck: „Mit meiner Frau unterhalte ich mich auf Englisch“, lacht Pfarrer Klaus Burckhardt.

| Michael Siano



Am Leben gemeinsam teilhaben

Die Initiative „Diakonisches Lernen“ verschafft Schülerinnen und Schülern ein verändertes Urteilsvermögen. Zum Beispiel in Salzgitter. Hier begegnen Neuntklässler der Integrierten Gesamtschule (IGS) Menschen mit Handicap in den Hallendorfer Werkstätten im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschland (CJD). Begleitet vom Arbeitsbereich Religions- und Medienpädagogik (ARPM) der Landeskirche Braunschweig.



Fotos (4): Klaus G. Kohn

„Die Menschen wollen nicht auf ihre Einschränkungen reduziert werden, sondern Teil der Lebenswelt da draußen sein.“

Wuseliges Stimmengewirr im Speisesaal der Hallendorfer Werkstätten im Christlichen Jugenddorfwerk Deutschlands (CJD). In zwölf verschiedenen Bereichen ermöglichen die Werkstätten in Salzgitter rund 300 Menschen mit Handicap die Teilhabe am Arbeitsleben und in der Gesellschaft. Etwa 15 von ihnen treffen sich heute hier mit einer gleichgroßen Anzahl von Neuntklässlern der Integrierten Gesamtschule (IGS) Salzgitter.

Die Jugendlichen der IGS starteten im Oktober unter dem Motto „Anderen begegnen – gemeinsam Neues wagen“ mit ihrem zweijährigen Wahlpflichtkurs Religion. Die Treffen in den Hallendorfer Werkstätten gehören zum Unterricht. Dabei stehen die Begegnung und das gemeinsame Erleben bestimmter Orte und Situationen im Vordergrund. Fragen nach der Individualität, der Lebenswelt, dem Tagesablauf, der Religiosität und vielem mehr sollen während dieser Kontakte eine Rolle spielen.

„Anfangs sitzen beide Gruppen im großen Stuhlkreis noch getrennt“, hat Nadine Vogler, Religions-Lehrerin an der IGS Salzgitter, beobachtet. Das endet spätestens während der gemeinsamen Suche nach Antworten für das große CJD-Quiz. Denn dafür müssen in gemischten Gruppen die verschiedenen Werkstätten aufgesucht werden. „Die Ersten hatten bereits in den Ferien privaten Kontakt untereinander“, freut sich die Lehrerin. Und spätestens im August 2024, wenn dieser Religionskurs enden werde, dürfte das Gemeinschaftsgefühl die komplette gemischte Gruppe umfassen.

Was hier passiert, nennt sich „diakonisches Lernen“. Dafür hat die IGS Salzgitter eine Kooperation mit dem

CJD in Salzgitter-Hallendorf geschlossen. Ermöglicht und maßgeblich unterstützt wird dieses Partnerschaftsprojekt vom Arbeitsbereich Religionspädagogik und Medienpädagogik (ARPM) der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig. Etwa ein Jahr Vorbereitungszeit hat Diakon Heiko Grüter-Tappe investiert: „Anfangen mit ersten Gesprächen, über Abstimmungen bis hin zur konkreten Projektrealisierung.“

Seitens des CJD betreut Wiebke Lüders vom Begleitenden Dienst das Projekt. Werkstätten für behinderte Menschen könnten diese zwar beruflich qualifizieren, meint die CJD-Mitarbeiterin, „aber letztlich leben sie immer noch in einer Parallelgesellschaft“. Kontakte außerhalb der Werkstätten, der eigenen Familie oder den Bewohnern der eigenen Wohngemeinschaft existierten kaum. „Diese Menschen möchten aber nicht nur auf ihre Einschränkungen reduziert werden“, betont Wiebke Lüders. Vielmehr wollten sie „Teil der Lebenswelten da draußen“ sein und interessierten sich genauso für Themen wie Glaube und Religion oder das Geschehen in ihrer Stadt.

Denn in der Ausbildung und Betreuung innerhalb der Werkstätten arbeiten verschiedenste Berufsgruppen in Hallendorf. Gemeinsames Fazit aller Projektbeteiligten: „Von den Begegnungen profitieren alle!“

„Diakonisches Handeln kann man nicht lernen, man muss es erfahren“, heißt es im Konzeptpapier von Diakon Heiko Grüter-Tappe. Bereits seit etwa viereinhalb Jahren initiiert er religiöse Bildung in der Landeskirche, Perspektivwechsel inklusive. Zielgruppen sind zum Beispiel Schülerinnen und Schüler aus den Bereichen Religion und Ethik an allgemeinbildenden Schulen der Klassen 5 bis 11



mitsamt den dazugehörigen Lehrkräften aus Berufsschulen, Fach(ober)schulen sowie Fachgymnasien mit dem Profil „Soziales“. Aber auch Menschen, die in diakonischen Einrichtungen leben, diese besuchen, in Anspruch nehmen oder aber Förderung durch diese erfahren.

Projekte an Gesamtschulen laufen unter Titeln wie „Hospiz macht Schule“ oder „Soziale Verantwortungsprojekte“. Im Zuge von „Wahlpflichtkursen Religion“ entstanden unter anderem nachhaltige Kooperationsprojekte in der Flüchtlingsunterkunft Salzgitter sowie der Dr.-Fontheim-Klinik für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatik und dem Altenwohn- und Pflegeheim „Glockenwinkel“ in Liebenburg im Landkreis Goslar.

Als Pionier des diakonischen Lernens gilt Pfarrer Dr. Martin Dorner, Projektleiter im Religionspädagogischen Zentrum der Evangelisch-Lutherischen Kirche Bayern in Heilsbronn. „Die Struktur des diakonischen Lernens ist eine dreiphasige Bewegung“, lautet seine Definition. Demnach findet im Klassenunterricht „eine Phase der kognitiven und affektiven Wahrnehmung statt“. Das Handeln bilde in der Praxisphase den Schwerpunkt.

Abschließend führe die dritte Phase zurück zu einer neuen Wahrnehmung und zu einem veränderten Urteilsvermögen. „Der Lernprozess ist erst vollständig, wenn die drei Phasen durchlaufen sind“, betont Dorner. Vor gut zwölf Jahren wurde mit der Idee gestartet. Inzwischen zählt allein die bayerische Landeskirche mehr als 150 diakonische Lernorte.

Soweit wie das bayerische Vorbild ist die Landeskirche Braunschweig noch nicht. Immerhin: Zu Beginn des Schuljahres 2022/23 standen bereits 42 diakonische Lernorte zu Verfügung. „Damit liegen wir in Deutschland weit vorne“, freut sich Diakon Grüter-Tappe. Während des Evangelischen Kirchentages in Nürnberg vom 7. bis 11. Juni 2023 möchten sich die bayerischen und

braunschweigischen Initiatoren des Netzwerks „Diakonisches Lernen“ an zwei Standorten vorstellen: im „Zentrum Generationengerechtigkeit“, wo ehemalige Projekt-Teilnehmende über ihre Erfahrungen berichten werden, sowie im „Zentrum Jugend“, wo eine Wohn-Box für Obdachlose gebaut wird.

An der Wohn-Box werden während des Kirchentags auch Obdachlose selbst mit bauen.

Letztere soll unter Mitwirkung einer Schülergruppe aus Braunschweig entstehen. Diese besteht aus 15 Jugendlichen des 8. Jahrgangs der IGS Franzisches Feld in Braunschweig und wird von deren Lehrerin Lorena Feige begleitet. Die rollbare, etwa drei Quadratmeter große Unterkunft aus Holz sei gedämmt und habe eine Sanitärkabine, erläutert Heiko Grüter-Tappe. Der kleine geschützte Raum sei insbesondere für diejenigen eine Zwischenlösung, die noch nicht in eine reguläre Unterkunft für wohnungslose Menschen gehen könnten.

An der Wohn-Box werden während des Kirchentags auch Obdachlose selbst mit bauen, sagt Grüter-Tappe. Kooperationspartner sei der Kölner Verein „Little Home“, der bundesweit bereits mehr als 240 Unterkünfte gebaut hat. Im Anschluss werde die Unterkunft an einen Obdachlosen aus Nürnberg übergeben. Ein weiteres Beispiel für diakonisches Lernen mit sehr konkreten Resultaten.

Interessierte Schulen und Einrichtungen für das diakonische Lernen können sich im ARPM bei Diakon Heiko Grüter-Tappe melden, Telefon: 05331-802 519, E-Mail: heiko.grueter-tappe.lka@lk-bs.de. Der Diakon bietet auch Lehrerfortbildungen zum Thema an. | Michael Siano

Die Frauen besser coachen

In Deutschland werden fast 40 Prozent der Ehen geschieden. Dr. Ruth Moos-Wittmund, Fachanwältin für Familienrecht in Braunschweig, begleitet seit 1983 Ehepartner auf dem Weg durch die Trennung. Im Interview spricht sie über ihre Erfahrungen.



Frauen müssen noch mehr lernen, selbstständig zu sein, sagt Dr. Ruth Moos-Wittmund.

Frau Moos-Wittmund, Sie haben jahrzehntelang Ehepartner auf dem Weg durch die Scheidung begleitet. Haben Sie ihren Glauben an die Liebe verloren?

Dr. Ruth Moos-Wittmund: Naja, die Liebe - wollen wir mal nicht so romantisch werden. Wenn es um eine Ehe mit Kindern geht, habe ich die Hoffnung noch nicht verloren. Diese Verbindung halte ich für nützlich und wich-

Dr. Ruth Moos-Wittmund

Dr. Ruth Moos-Wittmund (72) ist Rechtsanwältin und Notarin in Braunschweig. Sie ist als Fachanwältin für Familien- und Erbrecht sowie als Mediatorin tätig. Außerdem engagiert sie sich als Beraterin der Erbrechtsexperten bei der Bürgerstiftung Braunschweig sowie der Braunschweig Stiftung. Sie gehört dem Vorstand der Rechtsanwaltskammer Braunschweig an.

tig. Es ist schon wichtig, einen Verbund der Familie hinter sich zu spüren. Wenn man den Kindern einen guten Start ins Leben geben will, ist es schon ganz schön, wenn sie nicht gleich Scheidungskinder werden.

Wie schafft man es, tagtäglich mit dem Streit von Eheleuten umzugehen?

Man muss Abstand haben. Manche Anwälte gehen mit ihren frisch geschiedenen Mandanten noch ein Sektchen trinken. Das lehne ich einfach ab. Ich möchte eine gewisse Neutralität wahren, und das schützt mich davor, dass ich zu sehr in Emotionen einbezogen werde. Manche Menschen kommen zu mir und möchten ihre Ehe aufarbeiten. Darauf lasse ich mich nicht ein, auch wenn ich die Enttäuschung über das Scheitern der Ehe verstehen kann.

Was hat sich in den Jahrzehnten, in denen Sie als Scheidungsanwältin tätig sind, geändert?

Noch immer ist oft der Wissensstand bei Frauen



Foto: epd-bild/privat

und Männern nicht gleich. Früher war die Frau häufig Hausfrau, und der Mann hatte das Sagen in der Familie. Er hat auch über alle wirtschaftlichen Dinge entschieden. Das hat sich zwar geändert. Aber eine Ungleichheit ist nach wie vor geblieben. Das ist insbesondere im Unterhaltsrecht ein großes Problem. In mehr als 90 Prozent der Fälle übernimmt die Mutter die Betreuung der Kinder. Sie arbeitet häufig in Teilzeit. Sie muss den Unterhaltsanspruch geltend machen und hat damit zu kämpfen, dass der Mann die Betreuungsleistung nicht als Belastung anerkennt. Er fordert dann vielleicht auch noch, dass die Ex-Frau eine Vollzeitbeschäftigung annimmt.

Noch immer bestimmen auch die Männer, welcher Anwalt genommen wird. Frauen nehmen viele Nachteile hin. Sie haben in der Elternzeit ein riesengroßes Loch mit Blick auf Einkommen und Rentenansprüche. Die Männer haben dann vielleicht Aktien gekauft, von deren Dividende nur sie allein profitieren. Und Eheverträge zugunsten von Frauen gibt es zumeist nicht.

Wie ließe sich dieses Problem lösen?

Man müsste die Frauen als Vorbereitung auf eine Scheidung oder Trennung und auf eine damit verbundene Auseinandersetzung coachen. Damit die Frauen überhaupt wissen, welche Rechte ihnen zustehen und wie sie diese am besten durchsetzen können. Aber wer soll das bezahlen?

Ein weiterer Aspekt ist die Erziehung: Schon Kinder sollten gleich erzogen werden, egal ob sie Mädchen oder Jungen sind. Und Frauen müssen noch mehr lernen, selbstständig zu sein. Man kann ja romantisch heiraten und sich den Prinzessinnen-Traum erfüllen, aber die Gleichheit sollte da sein. Der Wunsch, zu heiraten, ist bei vielen Frauen sehr stark. Meistens ist der Kredit für die wunderbare Hochzeit noch nicht abbezahlt, wenn die Scheidung dran ist. Das erlebe ich immer wieder.

„Heute werden auch sehr viele ältere Ehen geschieden, weil die Menschen sehr viel älter werden.“

In Deutschland lag die Scheidungsrate im Jahr 2021 bei 39,9 Prozent, ist also recht hoch. Vor zehn Jahren lag sie allerdings noch um etwa zehn Prozentpunkte höher. Woran liegt das?

Je schwieriger die Zeiten sind, umso weniger Scheidungen gibt es. Die Menschen können es sich schlichtweg nicht leisten, und da wird zusammengehalten so gut es eben geht, bis es den Betroffenen finanziell wieder bessergeht. Heute werden auch sehr viele ältere Ehen geschieden, weil die Menschen eben auch sehr viel älter werden und auch mit über 60 Jahren noch eine Perspektive außerhalb der Ehe für sich sehen.

| epd/Charlotte Morgenthal



Foto: epd-bild/Charlotte Morgenthal

„Wir wussten, dass Russland aggressiv sein kann, aber diesen Wahnsinn haben wir nicht erwartet“, sagt Elena Bondarenko, die nun in Seesen als Pfarrerin wirkt.

Von Moskau nach Seesen

Die russische Pfarrerin Elena Bondarenko hat in der Landeskirche Braunschweig eine Stelle und eine neue Heimat gefunden. Mit Unterstützung des Lutherischen Weltbundes (LWB). Weder in Russland noch in Lettland konnten sie und ihr Ehemann bleiben.

Elena Bondarenko zieht vorsichtig den schwarzen Talar aus einem Kleidersack. Die 47-jährige Theologin streift sich das Gewand über, das vermutlich einst von Deutschland aus über Lettland nach Russland kam. Die Amtstracht hat die frühere Moskauer Pröpstin und ihren Ehemann auf ihrem Weg zunächst nach Lettland und vor wenigen Wochen nach Deutschland begleitet. „Damit schließt sich ein großer Kreis des Lebens“, sagt Bondarenko lächelnd und streicht dabei vorsichtig den Kragen glatt.

Bondarenko ist nach Angaben des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes nicht die einzige Kirchenvertreterin, die Russland verlassen hat. Infolge des Angriffskrieges auf die Ukraine kehrte auch der frühere Erzbischof der Evangelisch-lutherischen Kirche Europäisches Russland, Dietrich Brauer, seiner Heimat den Rücken. Das Oberhaupt von rund 40.000 Protestanten in Russland hatte scharfe Kritik

an dem Krieg und der russischen Staatsführung geübt. Bondarenko wanderte noch vor dem Krieg gemeinsam mit ihrem Mann zunächst nach Lettland aus. Das kirchliche Leben in Russland, das nach der Wende viele Freiheiten in Anspruch nehmen konnte, sei immer stärker kontrolliert worden, erzählt sie in flüssigem Deutsch. Bei Seminaren und Konferenzen seien die christlichen Werte immer stärker in Zusammenhang mit dem Präsidenten und der Regierung gebracht worden. „Wir haben gespürt, dass es viel zu viel ist, weil wir keine Politiker sind. Wir wollten Gemeindearbeit machen und kirchliches Leben gestalten.“

Nach ihrer Ankunft im Baltikum im Jahr 2021 durfte allerdings nur ihr Mann als Pfarrer arbeiten. Die evangelische Kirche in Lettland lehnt es ab, Frauen zu Pfarrerinnen zu ordinieren. Der Angriff auf die Ukraine vor einem Jahr sei für sie überraschend gekommen, erzählt Bondarenko mit leiser, aber fester Stimme. „Weil wir in Russland gelebt haben, wussten wir, dass Russland

aggressiv sein kann, aber diesen Wahnsinn haben wir nicht erwartet.“ Plötzlich konnten ihre lettischen Aufenthaltsgenehmigungen nicht mehr verlängert werden. In ihrer Not schrieb Bondarenko, die zudem ausgebildete Dolmetscherin für die englische Sprache ist, an Kontakte in Deutschland.

Über den Lutherischen Weltbund landete die Anfrage beim braunschweigischen Oberlandeskirchenrat Thomas Hofer. Der zögerte nicht lange. Ein paar Wochen später, zur Adventszeit, fuhr das Ehepaar mit ihrem Schäferhund im Auto von Lettland aus bis nach Niedersachsen. „Frau Bondarenko und ihr Mann sind unser Weihnachtsgeschenk“, sagt die örtliche Pröpstin Meike Bräuer-Ehgart lächelnd.

Auch für den Kirchenvorstandsvorsitzenden Jürgen Hirschfeld war es keine Frage, die russische Theologin in Seesen aufzunehmen. Von den Herausforderungen habe er zunächst nichts geahnt, erzählt der Landwirt schmunzelnd. Da es kein Pfarrhaus für die neue Kollegin gab, musste eine Ferienwohnung angemietet werden – mit einem zusätzlichen vierbeinigen Gast kein leichtes Unterfangen.

Die Arbeitserlaubnis war eine nächste Hürde: Bislang zähle der Pfarrberuf nicht zu den Mangelberufen wie

etwa die Altenpflege, erzählt Hofer. Dabei gibt es in der braunschweigischen Landeskirche unbesetzte Stellen für Pfarrerinnen und Pfarrer. Letztlich wurde alles akzeptiert. Nur wenige Wochen nach ihrer Ankunft arbeitet die Russin bereits im Probendienst in drei Gemeinden und ist zuständig für rund 900 Gemeindeglieder.

Die Frau mit den schulterlangen braunen Haaren stellt sich in ihrem Talar vor den mit Blumen und Kerzen geschmückten Altar in der Seesener St. Andreas-Kirche. Dann liest sie still in der vor ihr aufgeschlagenen Bibel, die Hände sind zum Gebet gefaltet. Die Sorge um ihre Mutter und die Eltern des Mannes bleiben ihre ständigen Begleiter. „Aber auch hier gibt es einsame Menschen, die unsere Hilfe brauchen“, sagt sie, wie um sich selbst zu trösten.

Als im vergangenen Jahr ihr Vater starb, konnte sie auch zur Beerdigung nicht zurück. Zu ungewiss seien für sie die Folgen und mögliche Repressalien gewesen. „Wir sind abhängig von der Willkür der Machthaber“, sagt sie sichtlich bedrückt. Ihr größter Wunsch derzeit: sich in ihrem neuen Zuhause weiter einzuleben und zu arbeiten. „Wir hoffen, dass keine anderen grausamen Ereignisse das zerstören. Ich bete dafür, dass alles gut wird.“

| Charlotte Morgenthal/epd



Oberlandeskirchenrat Thomas Hofer hat Elena Bondarenko eine berufliche Perspektive in der Landeskirche Braunschweig verschafft.

Vor der Wahl

Gesetzesänderungen erleichtern die Kirchenvorstandswahl am 10. März 2024.

Die nächste Kirchenvorstandswahl in der Landeskirche Braunschweig findet am 10. März 2024 statt. Die Vorbereitungen dafür sind bereits im vollen Gange. Im November 2022 hat die Landessynode Aktualisierungen beim Kirchenvorstandsbildungsgesetz (KVBG) beschlossen. Aufgrund von Initiativen aus den synodalen Ausschüssen und Veränderungsvorschlägen aus den Kirchengemeinden und Propsteien enthält das aktuelle KVBG zahlreiche Regelungen, um die Wahl für die Kirchengemeinden zu erleichtern.

Zu den wichtigsten Neuerungen gehört der Verzicht auf Vorgaben zur Größe eines Kirchenvorstandes in Abhängigkeit von den Gemeindegliederzahlen. Die Mindestgröße liegt nun bei vier Personen, von denen drei Personen zu wählen sind. Die vierte Person wird berufen. Nach oben ist die Zahl der Kirchenvorstandsmitglieder nicht beschränkt. Die Zahl der zu Berufenen darf allerdings nicht mehr als ein Drittel der Mitglieder betragen.

Der Beschluss zur Zusammensetzung kann bis 31. Oktober 2023 nun auch durch den Kirchenvorstand selbst geändert werden, wenn nicht ausreichend Kandidatinnen und Kandidaten vorhanden sind. Neu ist auch, dass der Wahlaufsatz nur noch das 1,3fache der Zahl der zu Wählenden enthalten muss, nicht mehr das 1,5fache.

Eine Erleichterung für die Kirchengemeinden ist auch die Tatsache, dass Wahlvorschläge nicht mehr zehn Unterschriften brauchen und jederzeit bis 10. Oktober 2023 beim Kirchenvorstand eingereicht werden können. Außerdem entfällt eine Auslegung der Verzeichnisse der Wahlberechtigten sowie die Pflege der Verzeichnisse bis zum Wahltag.

Eine grundlegende Modernisierung stellt die Online-Wahl für alle Wahlberechtigten dar. In der Folge kann die Wahl zu Hause am Computer erfolgen. Die Organisation dafür liegt nicht bei den Kirchengemeinden, sondern wird vom Landeskirchenamt Wolfenbüttel übernommen. Die Online-Wahl findet von Ende Januar bis zum 3. März 2024 statt. Dafür erhalten alle Wahlberechtigten die notwendigen Unterlagen im Auftrag und auf Kosten des Landeskirchenamtes zusammen mit den Wahlbenachrichtigungen.

Auch die Erfassung der Wahllokale und Wahlzeiten sowie der Wahlaufsätze und die Erstellung der Druckvorlage für die Stimmzettel erfolgt durch das Landeskirchenamt. Denn zusätzlich zur Online-Wahl ist am Wahltag 10. März 2024 nach wie vor eine Urnenwahl vorgesehen. Dar-



über hinaus besteht wieder die Möglichkeit, eine Briefwahl zu beantragen.

Wahlberechtigt sind alle Kirchenmitglieder, die ab dem 10. Dezember 2023 zu ihrer Kirchengemeinde gehören und am Wahltag 10. März 2024 das 14. Lebensjahr vollendet haben. Gewählt werden können Personen, die ab dem 10. Oktober 2023 zu ihrer Kirchengemeinde gehören und zu Beginn der Amtszeit des Kirchenvorstandes am 1. Juni 2024 das 18. Lebensjahr vollendet haben.

Nicht wählbar ist übrigens, wer sich in einer Weise öffentlich äußert oder verhält, die im Widerspruch zum Auftrag der Kirche oder den Grundsätzen ihrer Ordnung steht, wie sie in der Verfassung der Landeskirche beschrieben wird oder wer aktiv eine Vereinigung unterstützt, die derartige Ziel verfolgt.

Der Slogan der kommenden Kirchenvorstandswahl bleibt derselbe wie für die Wahl 2018: „Kirche mit mir“. Alle Mittel und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden sich erneut daran ausrichten. Die vollständigen Ergebnisse der vergangenen Wahl finden sich auf der landeskirchlichen Internetpräsenz.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt das Rechtsreferat der Landeskirche allen Kirchengemeinden, mit den Überlegungen zur Zusammensetzung des künftigen Kirchenvorstandes sowie zu den Wahl- und Stimmbezirken zu beginnen. Auch die Kandidatensuche könne bereits starten. Jedes wahlberechtigte Gemeindeglied könne überdies schon jetzt Wahlvorschläge unterbreiten.

Die aktuelle Fassung des Kirchenvorstandsbildungsgesetzes (KVBG) und die entsprechenden Ausführungsbestimmungen finden sich auf dem Internetportal „www.kirchenrecht-braunschweig.de“. Außerdem stellt das Rechtsreferat bereits eine Zeittafel mit den rechtsverbindlichen Terminen für die Zeit bis Juni 2024 zur Verfügung. Die Zeittafel findet sich zum Download auf der landeskirchlichen Internetpräsenz in der Rubrik „Gemeinden/Kirchenvorstandswahl 2024“.

| mic

„Wann kommt das neue evangelische Gesangbuch?“



Foto: Klaus G. Kohn

Eine Antwort von Dr. Christopher Kunitz-Brennecke,
Leiter des Referates für Gemeinde und Kirchenmusik
im Landeskirchenamt Wolfenbüttel

Das Evangelisches Gesangbuch von 1994 ist in die Jahre gekommen. So manches Lied entspricht nicht mehr in dem heutigen Empfinden. Seit 2020 haben deswegen die Arbeiten an einem neuen Gesangbuch begonnen. Es soll Veränderungen im Glaubensleben und im musikalischen Geschmack der letzten Jahrzehnte widerspiegeln.

Unter dem Dach der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) arbeiten eine Steuerungsgruppe und eine Gesangbuchkommission an dieser Mammutaufgabe. Ziel ist es, wieder ein gedrucktes Buch mit rund 500 Liedern sowie weiteren Texten für den Gottesdienst und die persönliche Andacht zusammenzustellen. Hinzu soll ein digitales Angebot treten, in dem nochmals 2.000 Lieder versammelt sind. In diesen Publikationen wird dem gegenwärtigen ästhetischen Empfinden und der fortgeschrittenen Digitalisierung Rechnung getragen.

Das neue Gesangbuch soll zum Kirchenjahr 2027/28 in den Kirchengemeinden eingeführt werden. Deswegen hat sich die Gesangbuchkommission einen straffen Zeitplan vorgenommen. Bis zum Ende dieses Jahres ist die Lied- und Textauswahl abgeschlossen. 2024 wird in einer ersten Testphase zunächst das optische Erscheinungsbild des Gesangbuches erprobt. Daran schließt sich die zweite Testphase an, die einen ersten Gesamtentwurf des neuen Gesangbuches überprüft. Nach den notwendigen Verfahren zur Rückmeldung und Anpassung werden im Jahr 2026 die letzten verlegerischen Arbeiten durchgeführt.

Auf die Beteiligung aller Interessierten an dem Projekt legt die EKD großen Wert. Leider konnten einige Beteiligungsprojekte in den von der Corona-Pandemie beeinträchtigten Jahren nicht angemessen umgesetzt werden. Spätestens Ende 2023 wird deshalb die Website „Forum Gesangbuch“ an den Start gehen, die auch über die Erstellung des neuen Gesangbuchs hinaus Singbegeisterten eine Plattform bietet.

Den weiblichen Körper nicht kolonialisieren

Soll die uneigennützig Leihmutterschaft in Deutschland erlaubt werden? Die Bundesregierung will das überprüfen. Darüber wurde in der Evangelischen Akademie Abt Jerusalem in Braunschweig diskutiert. Petra Bahr, Mitglied des deutschen Ethikrates und hannoversche Regionalbischöfin, sieht die Legalisierung der Leihmutterschaft kritisch.



Foto: epd-bit/ Jens Schütze

Die evangelische Ethik-Expertin Petra Bahr sieht eine mögliche Legalisierung bestimmter Formen der Leihmutterschaft in Deutschland mit Skepsis. Eine gesetzliche Regelung, die verschleierte Machtverhältnisse erkenne und dem Kind eine Beziehung innerhalb der gespaltenen Elternschaft dauerhaft ermögliche, sei äußerst anspruchsvoll, sagte die hannoversche Regionalbischöfin dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Rande eines Vortrags am 2. Februar in der Evangelischen Akademie Abt Jerusalem in Braunschweig. Bahr ist seit 2020 Mitglied des Deutschen Ethikrates.

Ob Geld im Spiel sei oder nicht, sei gar nicht so entscheidend, sagte die promovierte Theologin. Altruistische und kommerzielle Motive mischten sich oft. Die Gefahr der „Kolonialisierung des weiblichen Körpers“ sei auch bei der besten Motivation aller Beteiligten nicht gebannt. Schon der Begriff „Leihmutterschaft“ trage Spuren dieser Gefahr in sich: „Was man leiht, will man zurückgeben. Mutterschaft besteht aber auch in dieser Konstellation ein Leben lang.“

Aus dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung geht hervor, dass die Ampel-Regierung eine Überprüfung der altruistischen, also uneigennütigen Leihmutter-schaft erwägt, um kinderlosen Paaren Nachwuchs zu ermöglichen. Sie ist bislang in Deutschland verboten. Ein Gesetzentwurf der Koalition liegt allerdings noch nicht vor. Grundsätzlich sei es nötig, dass diese Frage geprüft werde, sagte Bahr. „Die Reproduktionsmedizin hat sich in den vergangenen 30 Jahren weiterentwickelt.“

Bei der ethischen Bewertung ist stets die Perspektive des Kindes und der Leihmutter im Blick zu behalten.

Reproduktionsmedizinische Unterstützung sei für viele Paare selbstverständlich geworden, führte die Ethikerin aus. Das Leid der Kinderlosigkeit werde anerkannt, auch das Leid von Männern. „Wir brauchen aber eine neue Debatte um die reproduktive Selbstbestimmung und ihre Grenzen“, betonte sie. „Selbstbestimmung“ erfahre einen schleichenden Bedeutungswandel, von einem Abwehrrecht gegen den Staat, der Menschen in ihre Familienplanung nicht reinzureden habe, hin zu einer Leistungsforderung an die Gesellschaft.

Bahr mahnte, bei der ethischen Bewertung stets die Perspektive des Kindes und der Leihmutter im Auge zu behalten: „Was bedeutet es für die Familienkonstellation, wenn etwa die jüngere Schwester die austragende Mutter und auch die Tante eines Kindes ist?“ Es gebe ein Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung, und diese sei elementar für ein Kind. „Das verkompliziert sich natürlich, wenn es zum Beispiel noch eine Eizell-spenderin und einen Samenspender gibt.“ Es könne dann bis zu fünf elterliche Positionen geben, die für ein Kind bedeutsam sein könnten.

„Reproduktionsmedizin denkt zu einseitig vom Glück der Eltern her“, kritisierte Bahr. Sie betonte jedoch auch: „Hinter allen Versuchen dieser reproduktionsmedi-zinischen Zugänge steckt in der Regel eine Leidens-geschichte.“ Paare, die bereit seien, sich auf eine Lei-hmutter-schaft einzulassen, hätten in der Regel vorher alle anderen Möglichkeiten ausgeschöpft. | epd

Leihmutter-schaft

Grundsätzlich unterscheidet die Medi-zin zwischen verschiedenen Arten der Leihmutter-schaft. Bei der sogenannten Gestationsleihmutter-schaft lässt sich eine Frau, die selbst nicht schwanger werden kann, eine Eizelle entnehmen. Diese wird im Labor in einer sogenannten In-Vitro-Fertilisation im Reagenzglas mit den Samenzellen ihres Partners befruchtet und dann einer Leihmutter eingesetzt.

Wenn sich beispielsweise zwei Männer ein Kind wünschen oder die Wunschmutter über keine eigenen Eizellen verfügt, werden von einer weiteren Frau Eizellen entnommen und mit dem Spermium des Mannes befruchtet, um sie dann der Leihmutter einzusetzen. Die Leihmutter ist somit häufig nicht genetisch mit dem Kind verwandt, um spätere juristische Schwierigkeiten zu vermeiden. In seltenen Fällen stammen die Eizellen von der Leihmutter selbst.

In der Diskussion um Leihmutter-schaft wird des Weiteren zwischen altruistischer und kommerzieller Leihmutter-schaft unterschieden. Bei der altruistischen Leihmutter-schaft erklären sich Leihmütter freiwillig und aus selbstlosen Motiven bereit, für ein anderes Paar ein Kind auszutragen. Bei der kommerziellen Leihmutter-schaft werden die Frauen für ihre Schwangerschaft entlohnt.

Rechtlich wird die Leihmutter-schaft weltweit unterschiedlich bewertet und gehandhabt. In Deutschland sind die im Zusammenhang mit Leihmutter-schaft stehenden Tätigkeiten, etwa von Ärzten oder Hebammen, nach dem Embryonenschutzgesetz strafbar. Ebenfalls verboten ist die Vermittlung einer Leihmutter-schaft. Nicht strafbar machen sich hingegen die sogenannten Wunscheltern.

Im Ausland ist die Rechtslage zur Leihmutter-schaft unterschiedlich. In einigen Ländern ist die Leihmutter-schaft ganz oder unter bestimmten Einschränkungen erlaubt, so zum Beispiel in der Ukraine, in Großbritannien oder in Indien. | epd

Reichtum der Romanik

Ein neues Buch untersucht die Bedeutung der Dorfkirchen im Braunschweiger Land.



Julian Bauch, Gunnar Schulz-Lehnfeld, Harmen H. Thies: **Romanische Dorfkirchen in der Region Braunschweig.** zabe Verlag, Berlin 2022, 160 Seiten, zahlreiche Farbbildungen, 18,- Euro, ISBN 978-3-9824672-0-7

Meine Lieblingskirche ist auch dabei. Wenn ich von der alten Heer- und Handelsstraße nach Schöppenstedt links abbiege, sehe ich sie schon. Kaum, dass der wehrhafte Turm die Ziegeldächer überragt, schmiegt sie sich an den Hang, eingebettet in die wellige Hügellandschaft am südlichen Elmrand und seit Jahrhunderten Mitte des sie umgebenden Dorfes.

Eine romanische Dorfkirche, wie sie im Buche steht. Dreiegliedert in Turm, Schiff und Chor mit Apsis, mit den typischen Rundbogenfenstern: St. Nicolai in Kneitlingen. Eine von zwölf Dorfkirchen, die Julian Bauch, Gunnar Schulz-Lehnfeld und Harmen H. Thies in ihrer Publikation vorstellen.

Ihr Fokus ist die Baugeschichte. Dabei greifen sie auf das umfangreiche Plan-

archiv des Instituts für Baugeschichte der TU Braunschweig zurück. Kurz und knapp werden die steinernen Zeugnisse aus den Anfängen der Christianisierung im Braunschweiger Land vorgestellt. Grundrisse ermöglichen den Blick in die Vergangenheit. Wie sahen die Kirchen im Mittelalter aus? Ein historischer Überblick führt in die Entwicklung kirchlichen Bauens in der Region und darüber hinaus ein. Siedlungsgeschichte, Sakralbaukunst der Romanik, Umformungen im Laufe der Zeit.

Deutlich wird „der außerordentliche Reichtum der Braunschweiger Region an ihren alten Dorfkirchen“, der, wie Professorin Ulrike Faulbach, die Leiterin des Instituts, in ihrem Geleitwort formuliert, „den Menschen in den Dörfern zuweilen weniger bewusst (ist) als jenen,

die von außen auf sie schauen.“ Auf jeden Fall eine Anregung, sich den Wissensschatz, den die Publikation bietet, aus eigener Anschauung zu erschließen. Empfehlenswert ist ein Rundweg: von St. Petri in Erkerode über St. Johannis Baptista in Evessen nach Amleben; weiter auf dem Taufweg Till Eulenspiegels nach Kneitlingen und von dort am Elmrand zurück.

Interessant ist auch die Geschichte hinter dem Buch. Sie begann 2020 mit einer Initiative zur kulturellen Vernetzung im Landkreis Wolfenbüttel. Die Braunschweigische Landschaft e.V. griff den Faden auf. „KULTUR LAND KIRCHEN“ heißt das interdisziplinäre Kulturprojekt, zu dem sich fünf Kirchen zusammaten, um mit kulturellen Angeboten zu locken und ihre Kirchen auch außerhalb der Gottesdienste zu öffnen.

Dettum, Evessen, Erkerode, Lucklum und Wendessen gehören dazu. Weitere Kirchorte im Braunschweiger Land sollen folgen. Eine begrüßenswerte Initiative, die vermittelt, in wie vielfältiger Weise die Dorfkirchen immer noch Teil des Lebens sind: als Versammlungsorte der Gemeinde, als Räume der Erinnerung und des Gedenkens, als soziale Treffpunkte und, nicht zu vergessen, als ökumenische Pilgerstationen.

Und wie sehen unsere Dorfkirchen morgen aus? Diese Frage ist berechtigt in einer Zeit, in der sich immer mehr Menschen aus der Kirche verabschieden. Das historische Erbe allein wird wohl nicht Grund genug sein, sich auch in Zukunft um den Erhalt und die Pflege der Kirchen zu sorgen.

Die Dorfkirche als „die Seele einer dörflichen Gemeinschaft“ habe ihre angestammte Stellung und Bedeutung nicht halten können, resümieren die Autoren. Aus ihrer Sicht kennzeichne dies den „Verlust substantieller Einsichten und Gefühle: der Gewissheit, dass dort, wo das Leben (Taufe, Heirat, Jahresfeste) und der Tod (Gottesdienst, Friedhof, Grabdenkmale, Gedenkstätten) gegenwärtig sind, auch das Ewige seinen Ort hat.“

Und dann folgt ein erstaunlicher Satz. „Dennoch: in ungeahnt neuen, andersartigen Lebenszyklen wird die Dorfkirche ihren Platz und ihre Bedeutung wiederfinden können.“

| Dieter Rammler



Foto: Klaus G. Kohn

Cornelia Götz

„Ich träume von einer Kirche, in der wir klare Worte finden.“

Ich träume von einer Kirche, die sich den Luxus der Hoffnungslosigkeit nicht gönnt und nicht vor der Zukunft fürchtet, weil sie einfach nicht vergisst, dass nicht wir es sind, die Zukunft garantieren, sondern Gott es ist, der neue Tage werden lässt und immer wieder einen Anfang schenkt.

Ich träume von einer Kirche, in die Menschen erwartungsvoll kommen und aus der sie fröhlich und ermutigt hinausgehen. Ich träume von einer Kirche, in der wir klare Worte finden, mit denen wir uns an die Seite derer stellen, die keine Worte haben.

Ich träume von einer Kirche, in der wir erleben, dass Gottes Menschenfreundlichkeit abfährt – und es keinen Neid und kein Geschrei, keine hässlichen Worte, keinen Erschöpfungsknock-out mehr gibt.

Ich träume von einer Kirche, in der mir junge Kolleginnen und Kollegen erklären, warum sie alles anders machen und wie viel Spaß ihnen dieser wunderbare Beruf macht.

Ich träume davon, dass Menschen, die ganz offenbar dazu berufen sind, am Weinberg mitzubauen, endlich ordiniert werden.

Pfarrerin Cornelia Götz ist Dompredigerin am Braunschweiger Dom.



mit Segen unter wegs

Zukunftsprozess: Neues Design

Der Zukunftsprozess der Landeskirche Braunschweig startet mit einer neuen Wort-Bild-Marke in eine neue Phase. Sie wurde von der Designagentur „gobasil“ (Hamburg/Hannover) entwickelt und enthält den Slogan „Mit Segen unterwegs“. Die Wort-Bild-Marke soll an die biblische Geschichte von Abraham erinnern, dem Gott seinen Segen zuspricht. Dieser Segen sei allen Menschen verheißen, betont Landesbischof Dr. Christoph Meyns. Deshalb sei „Segen“ der zentrale neue Begriff für den Zukunftsprozess: „Wir sind gemeinsam unterwegs, um Gottes Segen in der Welt sichtbar, spürbar und erlebbar werden zu lassen.“